

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Wozu man sich in der deutschen Frage entschließen sollte“

Zu diesem Thema finden wir in der *Zürcher Woche* (Nr. 37, 15. 9. 1961), die unter der Redaktion von Dr. *Hans Fleiß* in wenigen Monaten zu einer für den Politiker sehr lesenswerten Wochenzeitung geworden ist, Betrachtungen von *James P. Warburg*. Der bekannte amerikanische Bankier und unabhängige Publizist kennzeichnet sehr aufschlußreich die Fehler der westlichen Politik des letzten Jahrzehnts; er hebt hervor, daß man nur *entweder* die Wiedervereinigung Deutschlands *oder* eine westdeutsche Teilnahme an der NATO haben konnte: „Dennoch hat die amerikanische Regierung sich im letzten Jahrzehnt geweigert, einzusehen, daß sie zwei Zielsetzungen verfolgte, die sich gegenseitig ausschlossen“. Warburg plädierte immer für die erste Alternative, nämlich für die Wiedervereinigung. Dazu sagt er u. a.:

„Die beste Gelegenheit, diese Art von Lösung ins Auge zu fassen, ergab sich 1957 bis 1958, als Polen den *Rapacki-Plan* für die Ent-Atomisierung von Polen, der Tschechoslowakei und der beiden deutschen Staaten vorschlug. Dieser Plan wurde von Moskau gebilligt, aber von der *Eisenhower-Verwaltung* zurückgewiesen. Ähnliche Vorschläge wurden von *Hugh Gaitskill*, dem Führer der britischen Labour-Partei, und von *George Kennan*, dem früheren USA-Botschafter in Moskau, gemacht. Ein früheres Projekt dieser Art wurde vom Verfasser dieser Zeilen General Eisenhower unterbreitet, bevor dieser Präsident wurde, und ein anderes, vom Verfasser für die Arden-House-Abrüstungskon-

ferenz im Dezember 1956 entworfen, wurde dem Präsidenten Eisenhower von zwei amerikanischen Senatoren — *John Sparkman* (Demokrat) und *Ralph Flanders* (Republikaner) — vorgelegt. Das erste dieser Projekte wurde offenbar überhaupt nie geprüft. Das zweite wurde von Präsident Eisenhower mit der Begründung verworfen, daß es dem westdeutschen Kanzler *Konrad Adenauer* nicht gefallen werde.

Es ist nur eine leichte Übertreibung, zu sagen, daß von 1953 bis 1961 die amerikanische Deutschlandpolitik eher in Bonn gemacht wurde als in Washington. Staatssekretär *Dulles* und sein Bruder *Allen Dulles*, Chef der Central Intelligence Agency, waren durch frühere Verbindungen eng mit den Führern der deutschen Industrie verknüpft, und Dr. Adenauer übte einen beinahe mesmerischen Einfluß auf die Offiziellen Washingtons aus. Unglücklicherweise hatte der ehrwürdige Kanzler sein Prestige zu Hause und seinen Zauber im Ausland auf die Illusion aufgebaut, daß Deutschland vereinigt werden *und* ein Glied der NATO bleiben könne. Diese illusionäre Doktrin war ursprünglich von der deutschen sozialdemokratischen Opposition zurückgewiesen worden, ist aber nun von West-Berlins Bürgermeister *Willy Brandt* übernommen worden . . .“

Dann erklärt Warburg, daß der Westen jetzt endlich die Initiative ergreifen müsse:

„Angesichts der sowjetischen Entschlossenheit, diesen Stand der Dinge zu beenden, genügt es keineswegs für die Westmächte, zu versichern, daß sie nötigenfalls kämpfen werden, um ihre legalen Rechte und den Status quo zu verteidigen. Nur dies und nicht mehr tun, heißt entweder, Krieg zu riskieren, oder aber der allmählichen Abnützung und Aus-

hölung einer im wesentlichen unhaltbaren Position entgegensehen. Es genügt auch nicht, abzuwarten, was *Chruschtschow* tatsächlich in den kommenden Monaten tun wird. Für den Westen ist die Zeit gekommen, endlich dem Kreml die Initiative aus der Hand zu winden.

Der Mehrheitsführer im Senat, *Mike Mansfield* von Montana, war hundertmal im Recht, als er die Notwendigkeit einer neuen westlichen Initiative erkannte. Man mag sich zwar fragen, ob sein Vorschlag, ganz Berlin zu einer international garantierten Freien Stadt zu machen, adäquat ist — ob es überhaupt eine Lösung für das Berlin-Problem gibt, außer im Zusammenhang einer Lösung des Deutschland-Problems. Es ist eine interessante, wenn auch entmutigende Tatsache, daß der Vorschlag des Senators nicht auf Grund seines Inhalts kritisiert wurde, sondern mit dem Argument, daß jeder neue Gedanke ein Zeichen westlicher Schwäche bedeuten würde. Das ist gewiß ein gigantischer Unsinn. Es läuft darauf hinaus, zu erklären, der Westen müsse ewig in der Defensive bleiben.“

Abschließend sagt er ganz konkret, was nach seiner Meinung der Westen vorschlagen sollte:

„1. Die militärische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten und, falls immer noch möglich, Polens, der Tschechoslowakei und vielleicht Ungarns und Dänemarks;

2. den Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Gebiet, das neutralisiert werden soll;

3. ein Ost-West-Abkommen, das den beiden deutschen Staaten erlaubt, ihren eigenen Weg zur Wiedervereinigung zu finden, ohne Einmischung irgendwelcher Art von außen . . .

Einen solchen Vorschlag im gegenwärtigen Augenblick vorzulegen, wäre auf der Seite des Westens ein Zeichen vorstellungsträchtiger Weisheit und Stärke. Es würde, für einmal, die Sowjetunion in die Defensive drängen.

Auf der anderen Seite wird eine Fortsetzung der zehn Jahre alten, phantasielosen und unflexiblen westlichen Berlin- und Deutschlandpolitik zur letzten Verrücktheit führen, der westdeutschen Forderung nach nuklearen Waffen stattzugeben. Wenn wir einmal dieser Forderung nachgegeben haben, werden wir den Punkt, von dem aus es kein Zurück mehr gibt, überschritten haben.“

Ost-West-Pakt über Deutschland

Unter diesem Titel veröffentlichten die *Frankfurter Hefte* (September) gleichzeitig mit *Il Mulino* (Bologna) einen Aufsatz von *Altiero Spinelli* (der, wie man sich erinnert, auch am jüngsten Europäischen Gespräch in Recklinghausen teilgenommen hat). Spinelli

— und nicht er allein, sondern viele westliche Politiker, Wissenschaftler und Publizisten — sieht die Problematik der gegenwärtigen Weltsituation wesentlich anders, als wir das in der Bundesrepublik gewohnt sind. Es erscheint daher sehr lohnend, den Aufsatz von Spinelli hier in seinen wichtigsten Partien zu zitieren.

Nachdem der Autor eingangs gesagt hat, daß nach 1945 kaum jemand daran gezweifelt habe, daß es „wieder einen einheitlichen deutschen Staat mit Berlin als seiner Hauptstadt geben werde“, fährt er fort:

„In Wirklichkeit haben dann sowohl die Sowjet-Union als auch die Amerikaner mit ihren Bundesgenossen genau im gegenteiligen Sinn gehandelt. Statt eines einheitlichen Deutschland sind zwei Staaten entstanden, jeder nach dem Bild und Gleichnis der betreffenden Besatzungsmacht. Berlin ist infolgedessen nicht Hauptstadt geworden, sondern hat sich ebenfalls zweigeteilt; seine Sektoren West und Ost unterscheiden sich, trotz einiger Gemeinsamkeiten in öffentlichen Dienstleistungen, immer schärfer voneinander. Aus besiegten Feinden, die bedingungslos kapituliert hatten, sind die Deutschen im Laufe der Jahre jenseits der Elbe wichtige Bundesgenossen der Sowjet-Union, diesseits der Elbe mächtige Alliierte der USA geworden.

Im ganzen ist diese Entwicklung als Folge der Tatsache gekennzeichnet, daß mit dem Ende des zweiten Weltkrieges ein neues Kapitel Weltgeschichte begonnen hat: die erdumspannende Macht- und Wertrivalität zwischen dem demokratischen und dem kommunistischen System. Der Krieg gegen Deutschland gehörte zu einer ganz andersartigen, wenn auch noch naheliegenden Vergangenheit; die Alliierten von gestern konnten nicht in der Fiktion verharren, das Land eines feindlichen Volkes besetzt zu halten, mit dem eines Tages eben Friede zu schließen sei. Sehr rasch und sehr dringlich stellte sich die Notwendigkeit ein, die Besatzungsbereiche zu dem Zweck zu organisieren, befreundetes Land daraus zu machen. Die nationale Einheit der Deutschen war zu einem bereits der dahingegangenen Epoche angehörenden Wert geworden, in der Europa ein Ganzes von souveränen Nationalstaaten dargestellt hatte oder als solches gedacht gewesen war. Jetzt war es in einen demokratischen Westen und einen kommunistisch gewordenen Osten geteilt, jeder der beiden Bereiche zusammengehalten durch hier die amerikanische, dort die sowjetrussische Führungsherrschaft. Gehörte eine Nation ganz dem einen oder dem anderen Lager an, so konnte sie auch ihre Einheit bewahren; da jedoch die Teilungslinie mitten durch den früheren deutschen Staat führte, war es nicht möglich, daß sich die Wirklichkeit der Politik an ein anachronistisches Prinzip hielt; sie paßte sich natürlich der Gegenwart an.

Nur haben weder Stalin noch seine westlichen Ex-Alliierten in dieser Sache jemals eine Sprache gesprochen, die im Einklang mit ihrer aktuellen Politik gestanden wäre. Systematisch haben sie einander die Schuld für die deutsche Teilung zugeschoben, haben nicht anerkannt, was die andere Seite tat, als provisorisch bezeichnet, was sie selbst unternahmen, und sich stets für die deutsche Wiedervereinigung erklärt. Dabei hatte keiner der vormaligen Verbündeten ein wirkliches Interesse an dieser Wiedervereinigung ...

Chruschtschow war der erste, der sich vorgenommen hat, den magischen Zirkel, aus dem sich wachsende Spannung ohne jede Lösungsmöglichkeit ergibt, zu durchbrechen. In dieser — wie in anderer — Hinsicht von der stalinschen Linie sich trennend, nahm er gezielte Beziehungen zur Bundesrepublik auf, ließ von der Forderung des Austritts aus der NATO, der Entmilitarisierung und der Neutralisierung ab, verlangte keine Wiedervereinigung mehr und schlug vor, zwar nicht ohne Zweideutigkeiten im einzelnen, aber unzweideutig im ganzen, daß man anerkennen sollte, was als Kriegsfolge entstanden ist und nur durch einen neuen Krieg wieder geändert werden könnte ...

Wie bei den Kommunisten im allgemeinen und bei Chruschtschow im besonderen üblich, sind seine Vorschläge mit viel propagandistischem Beiwerk versehen, in Formen der Heftigkeit und der Androhungen gekleidet, in Einzelheiten doppelbödig, um sich für die künftigen Verhandlungen keine Streitmöglichkeit zu verbauen. Gleichwohl ist das Wesentliche in diesen letzten Jahren von ihm so oft, so klar und mit so viel innerer Logik entwickelt worden, daß es schwerhält, in sämtlichen Äußerungen nichts als leeres Gerede sehen zu wollen.

Um zu entscheiden, ob und wie man mit Chruschtschow verhandeln soll, muß die Vorfrage geklärt sein, wie weit der Westen daran interessiert ist, unverändert das Ziel zu verfolgen, das er seinerzeit mit Stalin gemeinsam hatte, nämlich die politische Ordnung, die in Deutschland entstanden ist, und seine Grenzen nicht als endgültig anzuerkennen. Sollte dieses Interesse wie früher gegeben sein, dann ist es gewiß, daß es keiner Verhandlung bedarf; man könnte sich darauf beschränken, hart zu bleiben.

Von welcher Seite immer man jedoch eine solche Haltung überprüft, es muß zugegeben werden, daß sie den Interessen des Westens nicht nur nicht entspricht, sondern sich in Gegensatz dazu befindet. Selbst wenn Chruschtschow der Politik Stalins treu geblieben wäre, hätte dies zutage treten müssen. Die revisionistische Haltung trägt vor allem in nichts dazu bei, die Rückkehr der Deutschen der DDR oder irgendeines andern Volkes, das der kommunistischen Diktatur unterworfen ist, zur Freiheit zu erleichtern. Da an eine Be-

freiung durch Krieg vernünftigerweise nicht zu denken ist, kann man sie sich nur von einem langdauernden Prozeß innerer Zersetzung der totalitären Regime und in Verbindung damit von der fortschreitenden Bildung gesellschaftlicher Gruppen und führender Einzelner erwarten, die auf mehr Freiheit aus sein werden. Die militärische Spannung in Mitteleuropa jedoch aufrechterhalten, ja sie womöglich verstärken, heißt jedoch, gerade den am meisten militärisch und totalitär Gesinnten innerhalb des gesamten kommunistischen Bereichs in die Hand arbeiten. Läßt man das Gespenst eines in der Mitte Europas wiedererrichteten deutschen Einheitsstaates am Leben, so wird den Polen, den Tschechen und allen anderen osteuropäischen Völkern die Aussicht eröffnet, sie könnten zum Schutz davor lediglich auf die Sowjet-Union zählen; jeder Versuch im Innern dieser Staaten, ihr gegenüber zu größerer Selbständigkeit zu gelangen, wäre daher zum Scheitern verurteilt. Das trifft besonders auf Polen zu, das heute den geringsten totalitären Zusammenhalt aufweist, am meisten auf Unabhängigkeit bedacht ist, in geistiger Hinsicht bemerkenswert dem Westen zugeneigt, das aber fester und fester an die Sowjet-Union gebunden wird, je mehr es unter die Drohung einer territorialen Verstümmelung zugunsten Deutschlands gerät.

Die Losung nach Wiedervereinigung im Nationalstaat vernebelt im übrigen die eigentliche Aufgabe der Westdeutschen: im gegenwärtigen Europa nicht die soundsovielte nationale Erhebung zuwege zu bringen, sondern sich fortschreitend und unwiderruflich mit den demokratischen Völkern Westeuropas föderalistisch zu vereinigen. In den fünfziger Jahren haben die Deutschen der Bundesrepublik die europäische Perspektive sehr stark empfunden als einen nicht mehr nationalstaatlichen Neubeginn ihrer Geschichte; vergeblich hatten sich jene dagegen gewandt, die noch Gefangene des nationalen Mythos waren. Mit seiner törichten Politik nur oberflächlicher Europäisierung und seiner wortreichen Formaltreue gegenüber der Idee der Wiedervereinigung ist es dem Westen dann gelungen, Europa als politische Zukunft verblassen und einen souveränen westdeutschen Staat entstehen zu lassen, dessen politische, wirtschaftliche und militärische Kräfte sich zwar noch nicht voll auf die nationale Restauration richten, aber von Tag zu Tag mehr dafür zur Verfügung stehen. Die Nationalisten in Deutschland sind sich durchaus der Zwiespältigkeit bewußt, die darin liegt, daß der ganze Westen hinter der Forderung auf Wiedervereinigung steht, in Wahrheit aber kein einziges Volk Westeuropas das alte Deutsche Reich wiedererstehen sehen möchte — sie fühlen sich daher dazu angereizt, die Tragweite und die Bedeutung ihrer Solidarität mit dem Westen zu begrenzen.

Schließlich hat die Aufrechterhaltung einer starken militärischen Spannung in Europa zu Folge, daß überall in der demokratischen Welt der politische Einfluß der Militärs zunimmt, was dem Leben der Demokratie nicht gerade sonderlich bekommt.

Statt alles dessen hätte der Westen ein hervorragendes Interesse daran, die bereits eingetretene Stabilisierung der Grenze zwischen dem demokratischen und dem kommunistischen Systembereich in Europa zu akzeptieren und jeder territorialen Forderung ein Ende zu machen. Das würde die Konsequenz der Militarisierung, die ihn bedroht, eindämmen, würde ihm erlauben, sich auch seinerseits mit größerer Energie daranzubehagen, das Mißtrauen dort, wo es den politischen Fortschritt behindert, nämlich in den Entwicklungsländern, zu überwinden, und würde ihn mit seiner Verpflichtung konfrontieren, der kommunistischen Welt gegenüber endlich eine Politik auf weite Sicht zu betreiben, die den freizeitlichen Bestrebungen auch in allen Gebieten des Totalitarismus zugute käme.

Und wieder, wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als man die damals militärische Teilung Europas und Deutschlands nicht für endgültig zu halten brauchte, als infolgedessen die UdSSR und der Westen, obschon aus entgegengesetzten Gründen, ein gleiches Interesse daran hatten, die deutsche Frage offenzuhalten, stimmt jetzt, da sich die militärische Zweiteilung in die politische und ideelle weiterverwandelt hat und sie nur noch durch einen Krieg der gemeinsamen Vernichtung ungeschehen gemacht werden könnte, das Interesse beider Seiten, obschon abermals aus entgegengesetzten Gründen, überein, und zwar darin, das Problem auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung des Status quo abzuschließen.

Die Tatsache, daß für eine solche Übereinkunft zwischen dem Osten und dem Westen die substantielle Voraussetzung gegeben ist, bedeutet freilich nicht, daß der Westen die Prozedur annehmen könnte, die ihm Chruschtschow vorschlägt. Ein Friedensvertrag mit den beiden Deutschland stellt den allzu offensichtlichen Versuch von sowjetischer Seite dar, nicht nur die Anerkennung des Status quo zu erreichen, sondern auch Mitbestimmung über das weitere Schicksal Westdeutschlands. Die USA und ihre Verbündeten sollten ein solches Verfahren ablehnen, weil das Reich, mit dem sie im Kriege waren, nicht nur militärisch besiegt worden ist, sondern aufgehört hat, zu existieren. Die zwei neuen Staaten haben mit niemandem Krieg geführt, sie sind als Verbündete hier der USA, dort der Sowjet-Union entstanden und haben sich in diesem Allianzverhältnis entwickelt. Wenn Frieden in Europa geschlossen werden soll, dann nicht zwischen Deutschland einerseits und seinen früheren Feinden andererseits, sondern zwischen West und Ost: niemand anderer als die beiden Blöcke sind es, die an die Stelle

des Kalten Krieges einen Kalten Frieden zu setzen haben, einen Frieden also, der sich nicht auf eine nicht mögliche Freundschaft gründet, sondern auf den kalkulierten Willen, die Spannung in Europa und die Kriegsgefahr wesentlich herabzusetzen.

Die Westmächte sollten daher dem Vorschlag Chruschtschows ihren eigenen auf Abschluß eines Vertrages zwischen ihnen auf der einen Seite und der UdSSR mit ihren Verbündeten auf der anderen Seite entgegensetzen. In diesem Vertrag hätten die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten, die Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen, de jure die Deutsche Demokratische Republik, sowie die deutsch-polnische Grenze, wie sie besteht, anzuerkennen. Die Sowjet-Union ihrerseits und ihre Verbündeten, eingeschlossen die DDR, müßten anerkennen, daß West-Berlin eine demokratische Stadt unter westlichem Militärschutz bleibt, und sich verpflichten, ihre Verbindungswege zum Westen zu respektieren. Ob West-Berlin Freistadt wird oder dann ein Land der Bundesrepublik, ist ziemlich gleichgültig — in einem gewissen Sinne würde die westliche Verpflichtung zu seinem Schutz sogar deutlicher unterstrichen, wenn es Freistadt würde; wesentlich ist — nur, zusammen mit dem Reich auch die Idee zu begraben, daß Berlin eine Hauptstadt in Erwartung ihres Staates sei.

Ein Vertrag solcher Art würde weder Sieger noch Besiegte kennen. Er würde das sanktionieren, was de facto bereits besteht. Der beiderseitige Verzicht auf territoriale Aspirationen wäre ein wesentlicher Beitrag gegen die Gefahr eines neuen Weltkonfliktes und folglich ein Vorteil für alle Beteiligten. Natürlich ergäben sich in der Folge neue und schwere Probleme innerhalb jedes der beiden Lager. Der Kalte Krieg hat seit fünfzehn Jahren die zwei Europa politisch sozusagen einfrieren lassen: der militärische Schutz war zu der am vordringlichsten empfundenen Notwendigkeit geworden. Es könnte nicht ausbleiben, daß die Verringerung der Spannung auf den inneren Zusammenhang der Protektoratsgebiete beiderseits zurückwirken würde; die Funktion der Vereinheitlichung, wie sie bisher von den Weltführungsmächten je in ihren Einflußgebieten ausgeübt worden ist, würde sich abschwächen, so daß alle europäischen Staaten an politischer Beweglichkeit gewinnen könnten. Nach einer Pause des Wohlbehens würde nur allzu leicht das System der nationalen Souveränitäten einen Rückfall in die ältesten Praktiken und damit erneut ein Chaos verursachen. Als Vorboten solcher düsterer Möglichkeiten sind die Phantasien de Gaulles zu erkennen, der erbitterte Südtirol-Streit zwischen Österreich und Italien, die grollerfüllten Beziehungen Jugoslawiens zu seinen kommunistischen Nachbarn, der schleichende Nationalismus in Deutschland.

Der kommunistische Bereich hat als Korrektiv gegen die Gefahr, national zersetzt zu werden, die ideologische Disziplin und die Gefolgschaftstreue der kommunistischen Parteien. Es ist zweifelhaft, ob dieses Mittel, vergleichbar der christlichen Glaubensgemeinschaft im Mittelalter, auf die Dauer tatsächlich seine Wirkung tut; sicher ist aber, daß Chruschtschow bei einer künftigen „Internationalisierung“ Osteuropas gegen die Problematik, die sie mit sich bringt, auf jenen Zusammenhalt bauen zu können glaubt.

Seiner Natur nach — und zu seinem Glück — verfügt das demokratische Europa nicht über die Möglichkeit einer vergleichbaren pseudo-religiösen Solidarität. Die Einheit, wie das Protektorat der USA sie schafft, kann nur durch die föderalistische Einheit Westeuropas ersetzt werden. Vor allem für die Westdeutschen muß diese Perspektive sofort eröffnet werden, mit aller entschiedenen Kraft, nicht als ein blasses Fernziel. In dem Augenblick, in dem die Welt, um zu überleben, einen Vertrag schließt, der das Kapitel der nationalen Einheit der Deutschen beendet, muß sich für sie im Westen innerhalb des großen und positiven politischen Unternehmens der Epoche die neue Aufgabe ergeben.

Das Kompromiß zwischen West und Ost zur Bereinigung der deutschen Frage ist daher

kein politischer Akt, der für sich allein abzuschließen wäre. Es wird nur möglich sein, wenn beide Parteien sich als fähig erweisen, es als ersten Schritt zu wirklichem friedlichem Wettbewerb anzusehen — zu einem Wettbewerb, in dem sowohl die Demokraten wie die Kommunisten zu zeigen haben werden, was sie ihren Völkern an vitaler und gesunder Ordnung auf die Dauer zu geben haben.

Weder im Westen noch im Osten haben alle Politiker das Vertrauen in eine solche Bewährungskraft ihrer Systeme. Viele fürchten das Risiko von Zusammenbrüchen, wenn der Druck der Kriegsgefahr nachlassen würde. Sie wollen sie daher, obgleich sie den Krieg selbst nicht wünschen, als ständig wirkende Möglichkeit aufrechterhalten, den Schrecken als *instrumentum regni*. Eine paradoxe Koalition zwischen den „Dogmatisten“ des Ostens und den „Immobilisten“ des Westens ist das Haupthindernis auf dem Wege zu einer Vereinbarung über das deutsche Problem, die ein erster Schritt zur Rückkehr in Richtung der politischen Vernunft wäre — und ferner in Richtung eines ernsthaften Nachweises, was die gegensätzlichen Systeme von nun an, im Frieden, im Wettbewerb, der Menschheit an politischen Werten zu bieten vermögen.“

W.F.